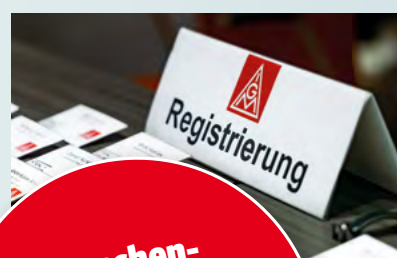


WIR STEHEN ZUSAMMEN



Dauerkrise, Zertifikate, KI und Sozialstaat – die diesjährige Branchenkonferenz debattierte und stritt über die großen aktuellen Herausforderungen. Und betonte: Nur Solidarität hilft.



**Branchen-
konferenz Stahl
2026**
Die Dokumentation



Jürgen Kerner ist Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Auf der Stahlkonferenz bat er die Metallerinnen und Metaller um eine Klärung der Position zu Emissionszertifikaten.

DAS HÄTTEN WIR GEKLÄRT

Sollen die Regeln für den Emissionshandel gelockert werden? Manche Stahlunternehmen kommen mit der Transformation nicht voran und fürchten sich vor der Kostenlast für CO₂-Zertifikate; andere wiederum haben sich auf den Weg gemacht und ihr neues Geschäftsmodell gerade auf steigende Preise für Emissionszertifikate aufgebaut. Was tun? Die IG Metall hat auf der Stahlkonferenz ihre Haltung in der Frage geklärt.

Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall und vorderster Kämpfer für die Interessen der Stahlbeschäftigten, hatte eine Bitte mitgebracht, eine dringende. „Ich bitte Euch“, sagte er zu den rund 120 Teilnehmenden der diesjährigen Stahlkonferenz, „nutzt diese Konferenz und klärt diese Frage.“ Grund seines Appells ist die politische Debatte um den Europäischen Emissionshandel (European Emissions Trading System, kurz: ETS). Dieses System soll einen Anreiz für Unternehmen schaffen, auf grüne Produktion von Stahl umzustellen. Es sieht folgendes vor: Unternehmen müssen künftig Zertifikate kaufen, um ihre CO₂-Emissionen auszugleichen. Bislang werden Zertifikate auch frei zugeteilt. Diese freien Zuteilungen sollen ab 2027 schrittweise abgesenkt werden; im Ge-

genzug werden die Preise für die Zertifikate absehbar deutlich steigen.

Die Europäische Kommission will diese Regeln nun ändern. Die freie Zuteilung von Zertifikaten soll neuesten Plänen zufolge weniger schnell zurückgefahren werden. Grund ist die dramatische Krise, in der sich die Stahl- und andere Industrien in Europa befinden. Wird die Einschränkung der freien Zuteilung gestreckt, so das Kalkül der EU-Kommission, haben die Unternehmen mehr Zeit für die Transformation.

Die IG Metall brachte dieses EU-Vorhaben in einen Zwiespalt. Denn in den Reihen der Unternehmen im Bereich der IG Metall gibt es grob gesagt zwei unterschiedliche Interessenstränge. Die einen Unternehmen sind in der Transformation nicht recht vorangekommen (Thyssenkrupp Steel) oder lehnen sie sogar ab (ArcelorMittal);

die anderen haben alles auf eine Karte gesetzt und stellen komplett auf die Produktion von grünem Stahl um (Saarstahl, Salzgitter). Letztere haben ihr Geschäftsmodell darauf gegründet, dass Zertifikate schrittweise deutlich teurer werden – und ihr grüner Stahl damit konkurrenzfähig.

Im Plenum der Stahlkonferenz sorgte Kerners Bitte anschließend für eine engagierte und leidenschaftliche Diskussion. Bei allem Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen etwa bei Thyssenkrupp, sagte Nils Knierim, Vertrauenskörperleiter bei Salzgitter Flachstahl, „wir können es den Kapitalisten nicht durchgehen lassen, dass sie die Transformation abblasen“. Er wies anschaulich auf die Dringlichkeit des Klimawandels hin („Ich habe heute in einem klimatisierten Hotelzimmer erstmals seit Tagen wieder gut geschlafen“).

Es gehe nicht nur darum, diejenigen, die vorangegangen sind – also Salzgitter und Saarstahl – zu schützen, sondern auch die anderen Akteure – Thyssenkrupp und ArcelorMittal – dazu zu bewegen, die Transformation endlich konsequent zu verfolgen. „Wir müssen in dieser schweren Krise unsere Position halten“.

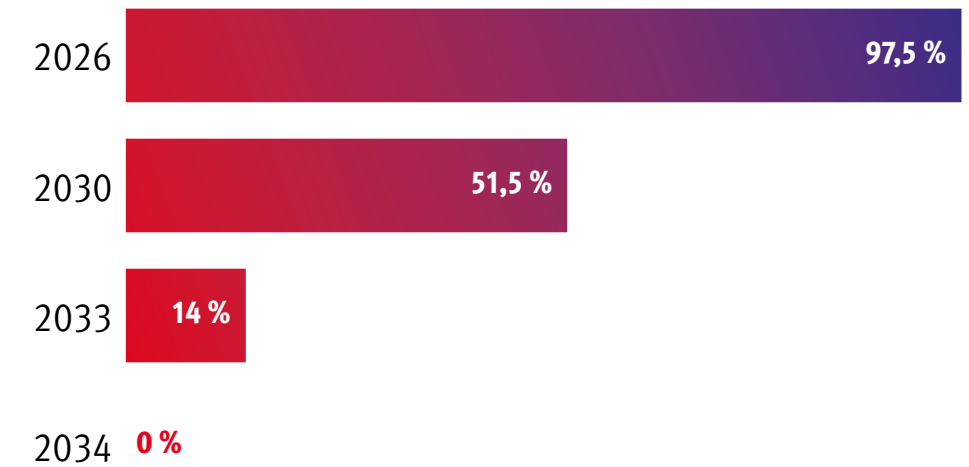
Dirk Riedel, Vertrauenskörperleiter bei Thyssenkrupp Steel, erklärte, dies sei ein schwieriges Thema, das weh tue. „Grüner Stahl darf nicht heißen: Wir machen ihn mit weniger Leuten. Wenn wir einen verlieren, verlieren wir alle.“ Dzenan Kurspahic, Mitglied im Betriebsrat bei TKSE, sagte: „Wir wollen alle in die grüne Zukunft. Wir müssen aber feststellen: Wir haben unterschiedliche Geschwindigkeiten.“ Bei TKSE sei der Umbau erst zu einem Viertel umgesetzt, drei Viertel stünden noch aus. „Wir müssen alle Stahlbeschäftigten schützen und dürfen keinen zurücklassen.“

„Ich kann kaum ruhig sitzen bleiben“

Ralf Cavelius, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall in der Geschäftsstelle Völklingen, machte deutlich, wie sehr das Thema die Beschäftigten bei Saarstahl emotional anfasst. „Ich kann hier kaum ruhig sitzenbleiben.“ Das Geschäftsmodell im Saarland beruhe auf den Zertifikatepreisen, und die Kolleginnen und Kollegen hätten für vier Jahre auf 5000 Euro jährlich verzichtet, um die Investition möglich zu machen. Es gehe jetzt auch nicht darum, Saarstahl zu schützen, „es gilt, die Beschäftigten und ihre Arbeitsplätze zu schützen“.

Der Auslaufpfad

So stark sollte die kostenfreie Zuteilung von Emissionszertifikaten nach den Plänen der EU ursprünglich sinken (in Prozent der Gesamtobergrenze). Mittlerweile (also nach der Stahlkonferenz) hat die EU-Kommission ihre Pläne revidiert.



Mike Böhlken, Betriebsratsvorsitzender bei ArcelorMittal, betonte: „Ich stehe zu grünem Stahl.“ Aber: „Ich kann auch nicht ausblenden, dass wir nur geringe Mengen davon verkaufen.“ Der Punkt sei: „Wir sind auf verschiedenen Planeten unterwegs.“

Wie also wieder zueinanderkommen? „Lasst uns schauen, wie wir eine gemeinsame Position finden“, sagte Karsten Kaus, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Duisburg. Er betonte, es gehe bei einer Lockerung der Emissionsregeln „doch nur darum, eine Zeit von zwei, drei Jahren zu überbrücken“, und Entlastung bräuchte nicht nur der Stahl, sondern zum Beispiel auch die Chemieindustrie.

Die wichtige Debatte bekam Zeit, auch wenn dadurch die Tagesordnung durcheinandergewirbelt wurde. Und sie zeigte: Die IG Metall braucht eine gemeinsame Position. Eine Arbeitsgruppe bildete sich, darin waren Aktive der IG Metall aus Unternehmen beider Seiten involviert. Und diese fand eine Position, die für Einigkeit sorgte. Sie lautet in Kürze: Ja, wir brauchen die Streckung der Zertifikatzuteilung. Aber nur für einen begrenzten Zeitraum. Die Unternehmen müssen sich im Gegenzug zu Investitionen in grünen Stahl verpflichten. Und die schnelleren Unternehmen müssen einen Ausgleich erhalten, sie haben schließlich schon investiert (siehe „Die Resolution im Wortlaut“).

Jürgen Kerners dringende Bitte wurde erhört, das Positionspapier am zweiten Tag der Branchenkonferenz vom Plenum per Handzeichen angenommen. Einstimmig. Das hätten wir geklärt.

DIE RESOLUTION IM WORTLAUT

„Der Umbau der Stahlindustrie zu grüner Produktion ist unterschiedlich weit vorangeschritten. Insbesondere hohe Energiekosten und fehlende Leitmärkte bremsen die Transformation aus. Das Ziel bleibt die klimaneutrale Stahlproduktion. Die Rahmenbedingungen sind allerdings noch nicht umfassend erfüllt.“

Aus diesem Grunde halten wir moderate Anpassungen im Emissionsrecht im Sinne der Beschäftigungssicherung für notwendig, die die freien Zuteilungen für einen klar befristeten Zeitraum verlängern. Damit muss die Verpflichtung verbunden sein, Investitionen in grüne Produktion weitervorzutreiben, um Beschäftigung zu sichern und Standorte zu erhalten.

Es ist sicherzustellen, dass Entlastungen für graue Stahlproduktion durch einen Ausgleich für bereits in klimaneutralen Stahl investierende Unternehmen kompensiert werden. Damit werden Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaziele gleichermaßen gesichert.

Bei aller Unterschiedlichkeit der betrieblichen Situationen erwarten wir von den Unternehmen, Verantwortung zu übernehmen und die erfolgreiche Transformation der Branche gemeinsam voranzutreiben.“

WER STREITET, WER HANDELT

Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, lobte die jüngsten Aktionen von Aktiven der IG Metall aus dem Stahl. „Wir kriegen etwas hin, was andere nicht hinkriegen“, sagte er und verwies auf die Demonstration in Berlin. „Mit Bildern und Emotionen können wir etwas erreichen.“

Die Arbeitgeber schafften den Blick über den eigenen Tellerrand leider nicht. „Ihre Uneinigkeit führt dazu, dass sie Euch unterschiedliche Geschichten erzählen.“ Davon dürften sich die Aktiven der IG Metall nicht verunsichern lassen, sagte er auch mit Blick auf die Debatte um neue Regeln für Emissionszertifikate – und plädierte für Einigkeit (siehe Seiten 2 und 3).

„Wenn wir Tausende Brücken sanieren, dann nicht mit dem billigsten Stahl aus China. Dann muss das Stahl sein, den wir hier produzieren.“

Kerner machte deutlich, wie dringend jetzt gehandelt werden muss und zählte die wesentlichen Punkte auf: Beim Energiestrompreis müsse dringend etwas passieren, „fünf Cent, all inclusive, da müssen wir ran, das brauchen wir jetzt“. Ebenso müsse der Wasserstoffhochlauf endlich kommen, und insgesamt brauche die Industrie eine zuverlässige, klare Perspektive, wann sich das Geschäft mit grünem Stahl lohne. Der Handelsschutz (CBAM) müsse verbessert werden, und dass immer noch russische Brammen nach Deutschland kämen, sei unanständig.

Dass Local Content nicht EU-konform sei, „diesen Satz kann ich nicht mehr hören“, sagte Jürgen Kerner. Wenn Tausende Brücken saniert werden müssen, „dann muss das mit Stahl sein, den wir hier produzieren und nicht mit billigstem Stahl aus China“. Für diese Äußerung erhielt der Zweite Vorsitzende großen Applaus.

ETHIKVORTRAG

JOB SICHER, AKZEPTANZ HOCH

Wie schauen die Menschen auf die klimaneutrale Transformation? Glauben sie noch daran? Ja, sagte der Ethikforscher Martin von Broock (Foto). Aber die Perspektive für den eigenen Job muss stimmen.

Der Wissenschaftler beschäftigt sich mit Veränderungsprozessen und erklärte, wie diese gelingen. Nämlich indem es eine positive Erzählung gibt. Menschen reagierten nicht auf Prozentzahlen oder Statistiken, sondern auf gemeinsame Erzählungen. Diese wiederum brauchen klare Regeln und ein definiertes Spielfeld – damit alle die Veränderungen auch mitgehen. Ein gutes Beispiel für eine solche Veränderung ist der klimaneutrale Umbau der Industrie.

Ethiker von Broock untersucht, wie die Menschen in drei europäischen Ländern – Deutschland, Frankreich, Polen – zum Wandel hin zur Klimaneutralität stehen und befragt sie regelmäßig dazu. Er hat eigens eine Art Stimmungsbarometer entwickelt, um die Entwicklung auch langfristig beobachten zu können. Ergebnis der jüngsten Befragung aus dem Jahr 2025: In Deutschland glauben fast die Hälfte der

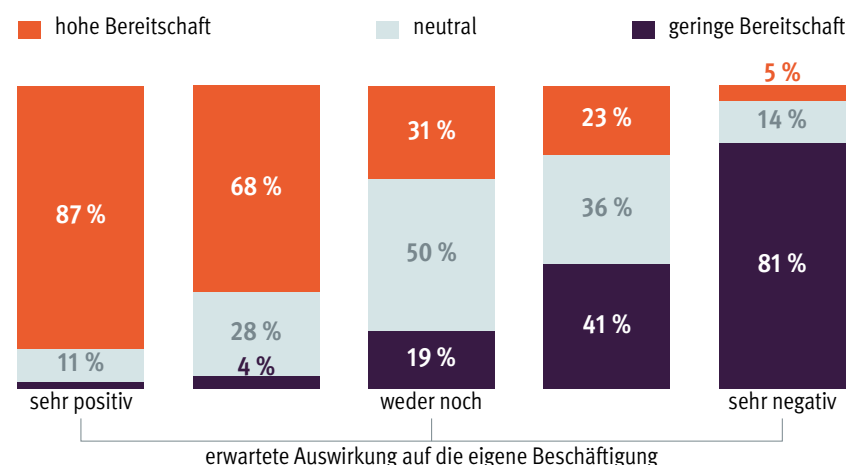


Befragten, dass die grüne Transformation schneller voranschreiten sollte; nur 21 Prozent wollen sie verlangsamen.

Besonders interessant: Die Bereitschaft zu Veränderung steigt dann, wenn die Perspektive für den eigenen Arbeitsplatz positiv ist. Und sie sinkt rapide, wenn die Perspektive negativ ist (siehe Grafik). „Die Arbeitsplatzperspektive bleibt der Akzeptanzfaktor Nummer eins“, sagte von Broock. Anders ausgedrückt: Wer durch den Wandel die Gefahr sieht, seinen Job zu verlieren, ist für eine langsameres Tempo – was nicht verwundert.

Positiv stimmt, dass noch immer die meisten Menschen wollen, dass der Umbau an Tempo gewinnt – eben unter der Voraussetzung, dass ihr Job sicher ist. Allerdings zeigen die Studien auch: Die Skepsis gewinnt in den jüngsten Umfragen an Bedeutung. Mehr Menschen glauben, dass zwar sie selbst bereit sind, etwas für den Wandel zu geben, andere aber nicht.

„Inwieweit sind Sie persönlich bereit, einen Beitrag dazu zu leisten, die Industrie in Deutschland klimaneutral zu machen?“ – Kommt drauf an, wie es sich auf meinen Arbeitsplatz auswirkt.



2173 Befragte | Quelle: Wittenberg-Zentrum

BRANCHENSTUDIE

„DAS IST KEIN HEXENWERK“

Tom Krebs ist Ökonomie-Professor. Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Stahlproduktion hält er für machbar.

Auf der Branchenkonferenz Stahl wurden zwei neue Studien vorgestellt. Aus ihnen geht hervor: Ja, die Transformation ist machbar – wenn die Politik endlich das Richtige tut.

Tom Krebs, Professor für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik, und sein Kollege Patrick Kaczmarczyk vom Kompetenzzentrum für Transformationsforschung an der Universität Mannheim haben nachgerechnet und kommen zu dem Ergebnis: Ja, das mit dem grünen Stahl geht auf. Wenn, ja wenn – endlich der Industriestrom kommt. Die beiden Wissenschaftler haben es mit einem Preis von fünf Cent durchgerechnet („sechs Cent für Unternehmen, die nicht tarifgebunden sind“). Dieser Strompreis müsse bis 2035 garantiert werden. Darüber hinaus brauche es

- ▶ einen Wasserstoffpreis von 12 Cent je Kilowattstunde, ebenfalls bis 2035 garantiert,
- ▶ die gezielte Förderung der Investitionskosten mit 50 Prozent,
- ▶ eine Stimulierung der Nachfrage, indem man Aufträge gezielt an inländische

Unternehmen vergibt, etwa über Local-Content-Regeln, sowie durch Schutzzölle und öffentliche Beteiligungen an Stahlunternehmen.

Unter diesen Voraussetzungen kommen die Wissenschaftler in ihrem Basismodell auf einen konkurrenzfähigen Preis von 590 Euro je Tonne grünem Stahl. Personalkosten spielen im Übrigen dabei faktisch keine Rolle. Selbst wenn diese um 20 Prozent steigen würden, stiege der Preis je Tonne Stahl lediglich von 590 auf 598 Euro.

Ökonom Krebs betonte: „Das ist alles kein Hexenwerk. Das ist klassische Industriepolitik.“ Ein Blick auf die bislang verabschiedeten Maßnahmen zeige: Ja, es passiert etwas, aber noch nicht genug. Der Industriestrompreis zum Beispiel, wie er jetzt von der EU genehmigt wurde, gilt nur für drei Jahre und nur für 50 Prozent des Verbrauchs.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Unternehmensberater André Küster Simic. Mit den richtigen Rahmenbedingungen sei die Transformation machbar. Allerdings: Bei den richtigen Rahmenbedingungen „sind wir noch lange nicht“. Auch er plädierte noch einmal für den Industriestrompreis, für Zuschüsse zu CO₂-Preisen und Hilfen bei nötigen Investitionen. Zugleich verwies er auf das Transformationsdilemma, wie es im Rahmen der Diskussion um Emissionszertifikate (siehe Seiten 2 und 3) deutlich wurde: Einige Unternehmen sind weiter als andere.

Küster Simic plädierte dafür, am Ziel der Klimaneutralität „zwingend festzuhalten“. Der Stahlexperte warnte die Politik vor Wankelmütigkeit: „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln – das geht nicht.“ Eine Politik, „die immer wieder hin und her springt – das ist kein planbarer Rahmen“.



Kein Glauben an die Transformation

„Eisenhüttenstadt ohne Stahlwerk? Das ist nicht vorstellbar. Wenn das Stahlwerk weg ist, ist die Stadt weg (Eisenhüttenstadt, Anmerkung der Redaktion). Unsere Leute würden sofort sagen, ja, wir wollen die Streckung der freien Zuteilung von Zertifikaten. Viele glauben nicht mehr an die Transformation. Wir haben die Leute rausgetrieben für die ökologische Transformation, aber irgendwann glauben sie es Dir nicht mehr.“

Holger Wachsmann, Erster Bevollmächtigter IG Metall Ostbrandenburg

KOMMT DAS GEISTER-STAHLWERK?

Welche Bedeutung kommt der künstlichen Intelligenz künftig in der Stahlindustrie zu? Ein Experte des erst jüngst gegründeten KI-Instituts der IG Metall wagte einen Blick in die Zukunft.

Bastian Unterberg gehört zum Team Passarelle, einer GmbH, die vom Vorstand der IG Metall eigens gegründet wurde, um Kompetenz zu dem neuen Megatrend-Thema in die Organisation zu holen. In seinem Vortrag machte er klar: Die KI wird sich entlang der gesamten Wertschöpfungskette durchsetzen, und wer sie nicht nutzt, wird ins Hintertreffen geraten. Die Anwendungen für KI „entstehen gerade in China, die entstehen nicht hier“, sagte Unterberg. Europa sei gerade dabei, „in eine digitale Straße von Hormus zu segeln“, warnt er und mahnte in Anspielung auf die politischen und kriegerischen Auseinandersetzungen um die Meerenge und dessen Blockade durch den Iran, dass Europa abgehängt und ähnlich blockiert werden könnte, wenn es nicht eigene KI-Kapazitäten aufbaut.

Unterberg machte deutlich: Die Entwicklung ist rasant, und was wir an KI derzeit im Alltag wahrnehmen (etwa ChatGPT), ist nur der Eisberg“. Unter der Wasseroberfläche werde es noch viel interessanter. Dort würden eine neue Infrastruktur und neue Machtverhältnisse geschaffen. KI berge Gefahren, weil sie, anders als herkömmliche Software, nicht nur ein Werkzeug, sondern weil sie eine Organisationstechnologie sei. „Sie verändert das System selbst“, und was durch sie verändert werde, „lässt sich nicht so einfach zurückdrehen“.



„Wir segeln gerade in eine digitale Straße von Hormus.“ Bastian Unterberg forscht im Auftrag der IG Metall zur künstlichen Intelligenz.

Unterberg wollte aber eine rein pessimistische Perspektive nicht alleine stehen lassen. Zweifelsohne bitte die KI viele Chancen und könne öde Aufgaben übernehmen, so dass die Menschen Zeit für Wichtigeres hätten – für Aufgaben, die nur Menschen übernehmen können. Zugleich machte er deutlich, dass sich gerade für Betriebsräte Chancen böten, mitzureden. Schließlich ist es ihre ureigenste Aufgabe, bei der Neuorganisation von Arbeit mitzubestimmen, der Referent sprach vom „starken Arm des Betriebsrats“.

Im Werk brennt kein Licht mehr

Nur kurz erwähnte der KI-Experte zwei interessante Projekte aus der Praxis: Der chinesische Stahlhersteller Baosteel betreibe ein Stahlwerk, das per KI gesteuert werde, 90 Prozent der menschlichen Arbeit wer-

de so eingespart. Dort lasse man in den Hallen kein Licht mehr leuchten – weil dort keine Menschen mehr arbeiten. Das zweite Projekt ist der smarte Hochofen des südkoreanischen Stahlunternehmens Posco. Das Unternehmen hat die KI mit dem Erfahrungswissen über die Stahlproduktion gefüttert. Ergebnis: Die Produktivität ist um 30 Prozent gestiegen.

In der anschließenden Diskussion machte Mike Böhlken, Betriebsratsvorsitzender bei ArcelorMittal in Bremen, eine wichtige Anmerkung: Genutzt werde „das Erfahrungswissen der Kolleginnen und Kollegen – dafür müssen die Unternehmen bezahlen“. Mehrere Redner betonten, wie wichtig es sei, dass sich die IG Metall des Themas annehme. Unterbergs Vortrag weckte viel Aufmerksamkeit, er bekam im Anschluss etliche Nach- und Anfragen.



Viel Vertrauen verloren

„Heute um 13 Uhr kostet der Strom 73 Euro die Megawattstunde, heute Abend aber 660 Euro. Das bedeutet: Wir können in Georgsmarienhütte mit der Mannschaft dann nicht mehr produzieren. (Georgsmarienhütte fährt atypische Schichten, je nach Strompreis, Anmerkung der Redaktion). Unsere Menschen haben es langsam satt. Die gehen auch nicht mehr mit. Da ist viel Vertrauen verloren gegangen, das macht mir echt Sorgen. Wir brauchen diesen verdammt wichtigen Industriestrompreis und wir brauchen ihn jetzt. Und er muss für viele Jahre verbindlich sein, damit wir endlich planen können.“

Stephan Soldanski, Erster Bevollmächtigter IG Metall Osnabrück

„DER WIND WEHT FRONTAL GEGEN UNS“

Eigentlich stand das Thema Sozialstaat gar nicht auf der Tagesordnung der diesjährigen Stahlkonferenz. Doch die aktuelle politische Debatte brennt den Metallern und Metalldamen im Stahl so sehr unter den Nägeln, dass sie kurzerhand auf die Tagesordnung gehoben wurde. In der Diskussion wurde deutlich, warum ein Sozialabbau gerade den Stahl so trifft.

Angeregt wurde die Diskussion von Mike Böhlken, Betriebsratsvorsitzender bei ArcelorMittal in Bremen, den die Sozialstaatsdebatte empört hat und der seinen Unmut über die schwarz-rote Koalition im Bund mit deutlichen Worten ausdrückte. „Wenn wir das mitgehen“, sagte er mit Blick auf die Koalitionsdebatte zum Sozialabbau, „bedeutet das, dass wir untergehen.“ Und weiter: „Wir müssen als Stahlindustrie ein deutliches Zeichen setzen.“

Wortmeldungen machten deutlich, warum der angekündigte Sozialabbau – auch und gerade – im Stahl ein hochemotionales Thema ist. „Die soziale Abrissbirne trifft uns in der betrieblichen Realität an ganz

sensibler Stelle“, sagte Dzenan Kurspahic, Betriebsrat bei Thyssenkrupp Steel. Dort haben IG Metall und Betriebsrat erst jüngst einen Sanierungstarifvertrag ausgehandelt, und die Instrumente dieses Tarifvertrags fußen nun mal auf den Möglichkeiten eines Sozialstaats, sagte der Metaller. In der Belegschaft Sorge die Abbaudiskussion deshalb direkt für Verunsicherung. „Die Leute fragen uns direkt: Was wird jetzt mit meiner Altersteilzeit?“ Sein Fazit: „Der Wind weht frontal gegen uns.“

Ähnlich schilderte ein Metaller aus Völklingen die Lage. In der Altersteilzeit solle nach Plänen der Bundesregierung das Blockmodell wegfallen, „dann ist die Altersteilzeit bei uns aber nicht mehr zu

organisieren“. Die Sozialstaatsdebatte sei schädlich, sagte auch Dirk Riedel, Vertrauenskörperleiter bei Thyssenkrupp Steel, und wies auf die gesamtpolitische Bedeutung hin: „Wir müssen aufpassen, dass einer, der eine rote Jacke getragen hat, nicht künftig eine blaue Jacke trägt“, sagte er mit Blick auf das Erstarken der AfD. Er lud alle Teilnehmenden der Stahlkonferenz ein, an der Ruhrpottrebellion teilzunehmen. Unter dem Titel Ruhrpottrebellion hatten etliche IG Metall-Geschäftsstellen in Nordrhein-Westfalen zu Protestveranstaltungen in der ersten Julihälfte eingeladen. Ähnliche Veranstaltungen waren auch in anderen Regionen geplant. Teilnehmende der Stahlkonferenz lobten die Initiative.

Die Branchenkonferenz Stahl verabschiedete schließlich eine Resolution, in der klare Worte gefunden wurden. Die Antwort auf Krise, Transformation und internationale Herausforderung „darf nicht Sozialabbau heißen. Es darf nicht sein, dass Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner, Erwerbslose, Kranke, Junge und Alte gegeneinander ausgespielt werden“. Der Sozialstaat sei „kein Luxus und keine Verhandlungsmasse“, die Vermögenden müssten mehr beitragen. Die Resolution wurde per Handzeichen einstimmig angenommen.



„Wenn wir das mitgehen, gehen wir unter.“ Mike Böhlken von ArcelorMittal in Bremen hatte auf der Stahlkonferenz die spontane Debatte zum angedachten Sozialabbau angeregt.

Ministerin Reiche muss weg

„Arcelor Mittal kann sich als internationaler Konzern aussuchen, in welchem Land was produziert und in welche Technologie investiert wird. Damit stehen wir im direkten Wettbewerb mit allen anderen europäischen Standorten. Mit der aktuellen Industrie- und Energiepolitik der Bundesregierung werden wir jedoch alle den Sprung zum grünen Stahl nicht schaffen. Doch ohne unsere Grundstoffindustrie wird Deutschland kein Industrieland bleiben. Daher darf der Kampf, den wir führen, nicht auf Stahl begrenzt bleiben. Es ist ein Kampf um die Zukunft aller Industrien und daher ist dieser Kampf auch mit allen anderen Branchen gemeinsam zu führen.“

Dr. Ute Buggeln, Erste Bevollmächtigte IG Metall Bremen



ALTE THEMEN, NEUE THEMEN



„Wir werden uns weiter mit dem Industriestrompreis beschäftigen. Auch das Thema Netzentgelt wird uns in der nächsten Zeit noch verfolgen. In Brüssel geht es um den Industrial Accelerator Act, und wir werden auf Local Content pochen. Mitte Juli wird der Review der EU-Kommission zu den Emissionszertifikaten erwartet. Den werden wir bewerten, und dann werden wir unsere Position dazu einbringen. Der Handelsschutz mit seinen Lücken bleibt für uns ein Thema, Stichwort sind hier die Brammen aus Russland, die immer noch eingeführt werden dürfen, aber beispielsweise auch das kornorientierte Elektrobund und die Monopiles, die nicht vom neuen Handelsinstrument erfasst sind. Ein neues Thema ist hinzugekommen: die DB Cargo, die den Einzelwagenverkehr in großen Teilen abschaffen will. Das ist bisher ein Nebenthema, aber es könnte zu einem Hauptthema werden. Wenn der Einzelwagenverkehr in der jetzigen Form wegfällt, könnte dies für viele Stahlunternehmen zu einem erheblichen Logistikproblem werden. Wir versuchen, die Politik für dieses Thema zu sensibilisieren. Wir bleiben im Austausch und kämpfen weiter.“

Volker Consoir,
Leiter des Zweigbüros Stahl der IG Metall



Vormerken
**Stahlgipfel in
Salzgitter**
16. November 2026